

Die ganze Stadt wird während der Euro 08 im Ausnahmezustand sein. Die UEFA konnte den Host-Citys ihre Bedingungen weitgehend diktieren.

Die Regierung von Basel-Stadt hat mit der Verordnung vom 11. Dezember 2007 das ganze Gebiet des Kantons Basel-Stadt zum Fremdenverkehrsgebiet erklärt und damit den Spielraum für die Liberalisierung der Öffnungszeiten maximal ausgenutzt. Und dies, nachdem sie zwar die Meinung des Gewerbeverbandes eingeholt und sich weitgehend nach dieser gerichtet hatte, die Gewerkschaften hingegen völlig vergessen hat!

Die Gewerkschaft Unia hat sich dann selber gemeldet und eine Reihe von Forderungen gestellt, welche einerseits die Sicherheit der Beschäftigten während der Euro betreffen, andererseits die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Personals, das während der Euro von Arbeitseinsätzen am Sonntag und bis tief in die Nacht betroffen sein wird.

Das Einzige, was die Regierung bis jetzt zu tun bereit war, ist eine Information der Arbeitgeber und der Beschäftigten über die Bestimmungen des Arbeitsgesetzes, die auch während der Euro eingehalten werden müssen.

Im privatwirtschaftlichen Bereich ist es vor allem das Verkaufspersonal, die Beschäftigten des Gast- und Hotelgewerbes, die Reinigungsangestellten und die Sicherheitsdienste, die von ausserordentlichen Einsätzen betroffen sein werden. Ausser beim Gastgewerbe, wo der GAV für alle Betriebe gilt, gibt es zwar in den Bereichen Reinigung, Detailhandel und Sicherheit Gesamtarbeitsverträge, diese sind aber nicht umfassend gültig. Ausserdem werden in den Bereichen Detailhandel, Gastgewerbe und Reinigung mehrheitlich tiefe Löhne von weniger als CHF 20 bezahlt.

Ich frage deshalb die Regierung:

1. Ist sie bereit, die GAVs für den Detailhandel BS, den Reinigungs-GAV und den GAV für die Sicherheitsdienste vorübergehend auf alle Betriebe bzw. alle Beschäftigten der Branchen auszudehnen?
2. Was die Regierung konkret vorgekehrt hat, um die Sicherheit der Beschäftigten vor randalierenden und betrunkenen Fans, vor allem in den Gaststätten und den Verkaufsläden, zu garantieren?
3. Insbesondere muss auch sichergestellt werden, dass die Beschäftigten in der Nacht sicher nach Hause kommen. Welche Vorkehrungen gedenkt die Regierung diesbezüglich zu treffen?
4. Die Gewerkschaft Unia fordert während der Euro einen Mindeststundenlohn für alle Beschäftigten von mindestens CHF 20 sowie Zuschläge von 25% auf diesen CHF 20 für die Arbeit nach 20.00 Uhr und von 50% für die Arbeit am Sonntag und nach 23.00 Uhr.

Ist die Regierung bereit, die Forderung im Sinne einer Empfehlung zu unterstützen?

Die Regierung hat sich monatelang für die Anliegen der Umwelt eingesetzt, was gut und richtig ist und auch von mir unterstützt wird. Leider hat sie beim Mehrwegbecher dem Druck der UEFA nachgegeben! Was aber hat die Regierung für die Beschäftigten getan? Ich erwarte, dass sich die Regierung auch für die Beschäftigten einsetzt, welche diejenigen sind, die vor allem die Mehrbelastungen während der Euro zu tragen haben.

Brigitte Hollinger